



**Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa**

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 7**

**September 2007**

**[www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Bremen und Europa .....</b>	<b>3</b>
<b>Europa in einem neuen Ressort.....</b>	<b>3</b>
<b>Bremer Dr. Edmund Duckwitz ist seit August Deutschlands neuer EU-Botschafter.....</b>	<b>3</b>
<b>Beschäftigung, Bildung und Soziales .....</b>	<b>4</b>
<b>Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF):</b>	
<b>Deutschland beantragt erstmals Hilfe bei der EU.....</b>	<b>4</b>
<b>Viertes Europäisches Kohäsionsforum.....</b>	<b>5</b>
<b>Kommission veröffentlicht Handbuch zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie.....</b>	<b>5</b>
<b>Lost in...: „Spielend“ Sprachen lernen.....</b>	<b>6</b>
<b>Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung .....</b>	<b>6</b>
<b>INTERREG IV B im Nordseeraum – Informationsveranstaltung der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen in Hannover .....</b>	<b>6</b>
<b>Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen durch Forschung und Innovation .....</b>	<b>7</b>
<b>Gesundheit und Verbraucherschutz.....</b>	<b>8</b>
<b>Arbeitsschutz: Kommission plant Legislativvorschlag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Muskel-Skelett-Erkrankungen .....</b>	<b>8</b>
<b>Justiz und Inneres .....</b>	<b>8</b>
<b>Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der EU: Problematische Datenlage verhindert konkrete Aussagen .....</b>	<b>8</b>
<b>Informationsgesellschaft, Medien und Kultur .....</b>	<b>9</b>
<b>EU setzt auf Handy-Satellitendienste – europaweites Zulassungsverfahren geplant.....</b>	<b>9</b>
<b>Europäische Kinder zu sorglos beim Umgang mit Online-Risiken.....</b>	<b>9</b>
<b>Redaktion .....</b>	<b>11</b>
<b>Europaabteilung .....</b>	<b>11</b>

## Bremen und Europa

### Europa in einem neuen Ressort

Der neue Senator, Dr. Reinhard Loske, lebt Europa ganz persönlich: Geboren und aufgewachsen in Nordrhein-Westfalen studierte er nicht nur u. a. in Großbritannien, sondern machte Internationale Politik vor allem im Klima- und Umweltbereich von Beginn an zu einem Schwerpunkt seines beruflichen Werdegangs. So leitete er vor seinem Einstieg in die „Berufspolitik“ die Forschungsgruppe „Zukunftsfähiges Deutschland“ am Wuppertal-Institut und bearbeitete in dieser Zeit auch Forschungsprojekte der Vereinten Nationen und der Europäischen Union. Als Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen war er seit 1998 umweltpolitischer Sprecher und später stellvertretender Vorsitzender seiner Fraktion und blieb Europa u. a. als Vorsitzender der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe treu.

So knüpft seine neue Tätigkeit nahtlos daran an und verbindet seine Interessen und Arbeitsfelder. „Viele Entscheidungen der Europäischen Union haben unmittelbare Auswirkungen auf das Leben in unseren Städten. Gerade in der Verkehrs- und Umweltpolitik müssen wir es als gesamteuropäische Aufgabe betrachten, den Umbau unserer Städte in Richtung klima- und umweltfreundlicher Lebensräume voranzutreiben. Dies wird ein Schwerpunkt unserer Europapolitik, hier wollen wir Bremen zum Vorbild machen.“

Neue Staatsrätin für Umwelt, Europa- und Entwicklungszusammenarbeit ist Frau Dr. Cornelia Ziehm. Die 37jährige Schleswig-Holsteinerin arbeitete nach ihrem Studium zunächst als Anwältin mit dem Schwerpunkt europäisches Umweltrecht in Hamburg, bevor sie 2003 zum Sachverständigenrat der Bundesregierung für Umweltfragen wechselte. In den vergangenen zwei Jahren leitete sie die Abteilung „Recht und Verbraucherschutz“ bei der Deutschen Umwelthilfe in Berlin.

„Ich bin sehr froh, die Felder Umweltschutz und Europa in meinem Aufgabenbereich vereint zu haben. Vor allem im Naturschutzbereich, aber auch bei der klima- und umweltfreundlichen Stadtentwicklung können wir in Bremen gemeinsam mit der Europäischen Union Projekte anschieben und Konzepte entwickeln, die Vorbild und Modell für andere Regionen in Europa sein können“.

### **Bremer Dr. Edmund Duckwitz ist seit August Deutschlands neuer EU-Botschafter**

Deutschland hat einen neuen „Ständigen Vertreter bei der Europäischen Union“: Nachdem Dr. Edmund Duckwitz erst im Frühjahr 2006 den Posten als NATO-Botschafter in Brüssel angetreten hatte, vertritt er nun seit August dieses Jahres die Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Davor arbeitete der Diplomat bereits als Vertreter Deutschlands in den Niederlanden, in den Botschaften in Belgrad und auf den Philippinen, als Botschafter in der Dominikanischen Republik und in Venezuela. Heimatgefühle hegt der neue EU-Botschafter aber am meisten zur Hansestadt Bremen, er ist an der Weser geboren und aufgewachsen und stammt aus einer Bremer Kaufmanns- und Diplomatenfamilie. Ur-Urgroßvater Arnold Duckwitz war von

1857 - 64 und von 1866 - 70 Bremer Bürgermeister. Hinweise auf seine Amtszeit sind heute noch an drei Orten im Rathaus zu finden.

Nun warten wichtige Themen wie Klimaschutz, Kosovo-Status, Türkeibeitritt und der EU-Reformvertrag auf Duckwitz. In Brüssel vertritt der promovierte Jurist Deutschlands Interessen im „Ausschuss der Ständigen Vertreter“. Das Gremium gilt als bedeutende Schaltzentrale im Tagesgeschäft der EU, dort verhandeln die 27 Botschafter der Mitgliedsländer im Auftrag ihrer Regierungen und stellen wichtige Weichen. So können sich die nationalen Minister bei ihren regelmäßigen Treffen auf wenige hochpolitische Fragen konzentrieren.

Botschafter Dr. Duckwitz, der bereits im Dezember 2006 Bürgermeister Jens Böhrnsen traf und einige Bremer Unternehmen besuchte, hat bei einem Treffen mit Senator Dr. Loske versprochen, auch in seiner neuen Funktion als deutscher EU-Botschafter mit der Bremer EU-Vertretung in Brüssel zusammenzuarbeiten und seine Heimatstadt im kommenden Jahr zu besuchen.

## **Beschäftigung, Bildung und Soziales**

### **Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF): Deutschland beantragt erstmals Hilfe bei der EU**

Für die Arbeitnehmer der in Liquidation befindlichen Münchner BenQ-Mobile-Gesellschaft hat Deutschland nach den Bestimmungen des 2007 eingerichteten EGF finanzielle Überbrückungshilfen - Begleithilfen für die Arbeitskräfte - im Umfang von rd. 12,8 Mio. Euro bei der Kommission beantragt. Bei der Insolvenz der früheren Handysparte des Unternehmens Siemens hatten vor einem Jahr 3000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren.

Mit dem neuen Fonds stellt die EU bis zu 500 Mio. Euro pro Jahr für Krisenfälle von Unternehmen, die in größerem Umfang Arbeitskräfte entlassen müssen, zur Verfügung. Der europäische Globalisierungsfonds ist eine politische Antwort der EU auf die Flexibilisierung der Handelsmärkte und die negativen Folgen, die mit der Verlagerung von Firmenstandorten oder durch unternehmerische Krisen entstehen können. In bestimmten Fällen können aus dem EGF auf Antrag der Mitgliedstaaten einmalige, zeitlich begrenzte, individuelle, finanzielle Hilfen gewährt werden, die den arbeitslos gewordenen Mitarbeitern/innen direkt zugute kommen, z. B.:

- zur Unterstützung der Arbeitssuche, der Berufsberatung, bei personenbezogenen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Hilfen zur Unternehmensgründung u. a.
- für spezifische, zeitlich begrenzte Maßnahmen für Beschäftigte, Mobilitätsbeihilfen oder Beihilfen für Personen, die an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, und
- um besondere Anreize für benachteiligte oder ältere Arbeitnehmer zur weiteren Beschäftigung oder erneuten Arbeitsaufnahme zu schaffen.

Diese finanziellen Hilfen sind nicht nur auf die Arbeitskräfte des Hauptunternehmens beschränkt, sie können auch auf Zulieferbetriebe bezogen werden, bei denen es aus den gleichen Gründen zu Entlassungen gekommen ist. Der EGF kann sowohl von großen Firmen oder multinationalen Konzernen als auch von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Anspruch genommen werden.

Informationen zu den Zielen und Fördervoraussetzungen, den Antrags- und Entscheidungsverfahren sowie den bisherigen Hilfen aus dem EGF s. u.: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/egf/current\\_de.html](http://ec.europa.eu/employment_social/egf/current_de.html)

### **Viertes Europäisches Kohäsionsforum**

Am 27. und 28. September 2007 findet in Brüssel das Vierte Europäische Kohäsionsforum statt. Mehr als 800 regionale und lokale Vertreter aus ganz Europa werden die Ergebnisse des vierten Kohäsionsberichts diskutieren, den die Kommission am 30. Mai 2007 veröffentlicht hat. Nach den jüngsten Erweiterungen und angesichts von Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Demographie ist die Kohäsionspolitik für die Debatte über die Zukunft Europas von außerordentlicher Bedeutung.

Der Kohäsionsbericht enthält eine detaillierte Analyse der Lage aller 27 Mitgliedstaaten und 268 Regionen der EU unter Berücksichtigung der Faktoren BIP, Produktivität und Beschäftigung sowie eine Beschreibung bereits genannter Herausforderungen. Ferner enthält der Bericht eine erste Beurteilung der Auswirkungen der EU-Kohäsionspolitik im Programmzeitraum 2000 - 2006, die eine Basis sein wird für die Diskussion um die Zukunft der Strukturfonds.

Das Kohäsionsforum gibt den Startschuss für eine europaweite Konsultation zum Kohäsionsbericht. Die Beiträge werden auf einer Internetseite gesammelt und im Frühjahr 2008 von der Kommission vorgestellt. Kern der Diskussionen wird sein, ob und in welcher Form es weiterhin eine flächendeckende Kohäsionspolitik geben kann oder ob eine Konzentration auf die ärmsten Regionen der EU erfolgen soll.

Diese Überlegungen sind eng mit der anstehenden Haushaltsrevision und der Diskussion um zukünftige EU-Beitritte verbunden.

Informationen erhalten Sie unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/4thcohesionforum/index\\_de.cfm?menu=1](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/4thcohesionforum/index_de.cfm?menu=1)

### **Kommission veröffentlicht Handbuch zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie**

Die Kommission hat das in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten erstellte Handbuch zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie veröffentlicht. Das Handbuch soll den Mitgliedstaaten technische Hilfestellungen für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie geben und wird in allen Amtssprachen zugänglich sein. Bislang liegt es auf Englisch vor.

Weitere Informationen unter:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/services/docs/services-dir/guides/handbook\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/services/docs/services-dir/guides/handbook_en.pdf)

## Lost in...: „Spielend“ Sprachen lernen

„Übernehmen Sie die Rolle der jungen Sophie Best oder ihres Bruders Max und starten Sie in eine streng geheime (Sprach)Mission voller Überraschungen und neuer Erkenntnisse“. Mit diesem Einstieg will das humorvolle und effektive Sprachlernangebot „lost in...“ den interessierten Internetnutzer zur Teilnahme motivieren. „Lost in...“ wurde von einem europäischen Projektkonsortium mit Unterstützung der Kommission in der Aktion LINGUA 2 entwickelt und als ein BEST OF LINGUA 2-Projekt ausgezeichnet.

In diesem „Sprachlernkrimi“ übernehmen die Lernenden die Rolle der Hauptfigur in einem Kriminalfall und tauchen in eine interaktive Erzählung ein, in der ein geheimnisvoller Koffer mit wertvollem Inhalt an eine unbekannte Kontaktperson übergeben werden soll. Ziel der Reise ist eine Stadt irgendwo tief in einem Nachbarland. Man begibt sich auf Spurensuche und versucht Gesagtes zu verstehen, Zeichen zu deuten und Informationen miteinander zu verbinden. Die Sprachkenntnisse sollen durch die detektivische Arbeit im Spiel erworben werden.

„Lost in...“-DVD's gibt es bisher zum Erlernen von Dänisch, Niederländisch, Polnisch und Tschechisch. Weitere Sprachen sollen folgen. Die DVD's wenden sich insbesondere an junge Erwachsene und eignen sich sowohl als Begleitmaterial zum Fremdsprachenunterricht als auch für das Selbstlernen.

Weitere Informationen unter: <http://www.lost-in.info>

## Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

### **INTERREG IV B im Nordseeraum – Informationsveranstaltung der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen in Hannover**

Über 200 Teilnehmer aus den vier norddeutschen Ländern Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen informierten sich am 05. September 2007 in Hannover über das Europäische Förderprogramm INTERREG IV B Nordsee. Eingeladen hatten die für das Programm zuständigen Ländervertreter.

Im Rahmen des „North Sea Region Programms 2007 – 2013“ erhalten Projekte mit internationalen Partnern aus Kommunen, öffentlichen Institutionen, Forschungseinrichtungen etc. Fördermittel für die Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Umweltmanagement, Verbesserung der Erreichbarkeit und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung.

Nach einer Ansprache durch den zuständigen niedersächsischen Staatssekretär Ripke wurden die Teilnehmer durch Vertreter des BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) und des zuständigen Programmsekretariats in Viborg, Dänemark, an die neue Programmstruktur und die Besonderheiten des Programms herangeführt. Es sollte veranschaulicht werden, was von den künftigen Projekten erwartet wird und mit welchen Maßnahmen der angestrebte Entwicklungsschub zwischen den

Ergebnissen des Nordseeprogramms 2000 – 2006 und dem neuen Programm ab 2007 erreicht werden kann.

Besondere Aufmerksamkeit schenken die Diskutanten der Förderung von Innovationen. Nachdem die INTERREG B-Projekte bisher bereits dazu aufgefordert waren, innovative Wege zu beschreiten, wird aus dem bekannten horizontalen Programmziel in der neuen Förderperiode ein eigener Förderschwerpunkt.

Ferner diskutierten die Experten der regionalen Innovationsförderung, der Wissensvernetzung und des Wissenstransfers aus den beteiligten Ländern über Möglichkeiten, ihre bisherige Arbeit mit dem INTERREG IV B Nordseeprogramm zu verknüpfen sowie über neue Chancen, die sich für die regionale Wirtschaftsförderung durch die Neuausrichtung des Programms ergeben könnten. Dabei wurde deutlich, dass man die Auswirkungen des Programms im Bereich der Innovation, insbesondere aus einer regionalökonomischen Perspektive und unter Berücksichtigung der Mittelausstattung, nicht überbewerten sollte.

Vielmehr lägen die Chancen und das Potenzial des Programms für Innovationen in der Stärkung der Internationalisierung von Wissen, das heißt in einem transnationalen Wissenstransfer, was die Verknüpfung regionaler Ebenen im transnationalen Kontext verlange.

Über das INTERREG IV B Nordseeprogramm 2007 – 2013 stehen circa 138 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) zur Verfügung. Das Gesamtvolumen des Programms umfasst ca. 297 Mio. Euro für die Laufzeit von sieben Jahren. Die Förderquote für Projekte beträgt 50 %. Der erste Aufruf zur Einreichung von Projektanträgen wird Ende September dieses Jahres gestartet.

Weitere Informationen unter: [www.northsearegion.de](http://www.northsearegion.de) und [www.interreg.de](http://www.interreg.de)

Arne Sünnemann  
Referat Raumordnung, Stadtentwicklung, Flächennutzungsplanung  
beim Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa  
Ansgaritorstraße 2; 28195 Bremen  
Tel.: (0421) 361 11952 Fax.: (0421) 496 11952  
e-mail: arne.suennemann@bau.bremen.de

## **Wettbewerbsfähigkeit europäischer Regionen durch Forschung und Innovation**

Die Kommission veröffentlichte am 16. August 2007 die Mitteilung „Wettbewerbsfähige europäische Regionen durch Forschung und Innovation - Ein Beitrag zu mehr Wachstum sowie zur qualitativen und quantitativen Verbesserung der Beschäftigungslage“ [KOM (2007) 474 endg.]. Sie stellt darin fest, dass die Europäische Union über drei Schlüsselinstrumente zur Innovationsförderung (Strukturfonds, Kohäsionsfonds und 7. Forschungsrahmenprogramm) verfügt und zeigt Synergieeffekte auf, die durch die abgestimmte Nutzung der unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente entstehen können. Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, die politischen Strategien und Instrumente der EU in den Bereichen Forschung, Innovation und Kohäsion effizienter zu nutzen.

Die Kommission wird bis Ende 2007 einen praktischen Leitfaden über Finanzierungsmöglichkeiten für Forschungseinrichtungen und Unternehmen, die EU-Mittel zu Forschungs- und Innovationstätigkeiten nutzen wollen, erstellen.

Weitere Informationen unter:

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0474de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0474de01.pdf)

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Arbeitsschutz: Kommission plant Legislativvorschlag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Muskel-Skelett-Erkrankungen**

Mit einer 2007 begonnenen Kampagne *Pack's leichter an!* fördert die EU einen integrierten Managementansatz zur Bewältigung der Folgen von Muskel- und Skeletterkrankungen (MSE) und zu deren Prävention. Wichtiges Ziel ist es, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Sicherheitsbeauftragte, Praktiker, Präventionsdienste, politische Entscheidungsträger und andere Interessengruppen für Vorbeugungsmaßnahmen am Arbeitsplatz zu sensibilisieren.

Dieser Ansatz umfasst drei Schlüsselemente für eine erfolgreiche Umsetzung:

- Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Behörden bei der Bewältigung von MSE;
- Orientierung der Maßnahmen an der Gesamtbelastung für den Körper und
- die erfolgreiche Gestaltung von Weiterbeschäftigung, Rehabilitation und Wiedereingliederung von Arbeitnehmern, die an MSE leiden oder gelitten haben.

Besondere Beachtung sollten nach Meinung der Kommission multidisziplinäre Ansätze finden, die die Präventionsseite mit der Rehabilitationsseite verknüpfen. Dabei spielt die soziale und organisatorische Unterstützung der erkrankten Arbeitnehmer bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz und der Fortführung der Beschäftigung eine wichtige Rolle.

Ergänzend dazu plant die Kommission einen Legislativvorschlag zum Schutz der Arbeitnehmer vorzulegen. Ziel soll es sein, eine gemeinsame Definition von MSE festzulegen, eine Folgenabschätzung von Risikofaktoren durchzuführen, ergonomische Präventionsprogramme innerhalb der Unternehmen sowie Minimalstandards für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einzuführen. MSE seien der häufigste Grund für Krankmeldungen, führten zu höheren Sozialkosten und verringerten die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen.

Informationen, u. a. über die europäische Kampagne, sind abrufbar auf der Website der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA): <http://ew2007.osha.europa.eu/about>

## Justiz und Inneres

### **Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der EU: Problematische Datenlage verhindert konkrete Aussagen**

Zu dieser Schlussfolgerung kommt die Grundrechteagentur der EU (FRA – Fundamental Rights Agency) in Wien, die frühere „Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“. Die Agentur stellt fest, dass es in der EU noch



immer an adäquaten Datenerhebungssystemen mangle; vorbildlich seien lediglich das Vereinigte Königreich und Schweden.

Informationen, die konkrete Aussagen über die Entwicklung rassistisch motivierter Gewalt- und Straftaten zulassen, lägen nur aus 11 Mitgliedstaaten vor; in 8 der 11 Staaten sei ein Anstieg der Delikte festzustellen: in Dänemark, Deutschland, Frankreich, Finnland, Irland, Polen, der Slowakei sowie im Vereinigten Königreich. Die Tschechische Republik, Österreich und Schweden hingegen verzeichneten einen Rückgang.

Informationen über die EU-Grundrechteagentur s. u.:

[http://fra.europa.eu/fra/index.php?fuseaction=content.dsp\\_cat\\_content&contentid=4458a87a48a0e&catid=9&lang=DE](http://fra.europa.eu/fra/index.php?fuseaction=content.dsp_cat_content&contentid=4458a87a48a0e&catid=9&lang=DE)

Die FRA hat einen umfassenden Rassismus-Bericht für 2007 herausgegeben, (zurzeit nur in englischer Sprache) verfügbar unter:

[http://fra.europa.eu/fra/material/pub/racism/report\\_racism\\_0807\\_en.pdf](http://fra.europa.eu/fra/material/pub/racism/report_racism_0807_en.pdf)

## Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

### **EU setzt auf Handy-Satellitendienste – europaweites Zulassungsverfahren geplant**

Die Kommission hat am 22. August 2007 Pläne für die Zulassung europaweiter Multimedia-Dienste für Handys via Satellit vorgestellt. Nutzer von Mobiltelefonen sollen nach dem Willen von Kommissarin Viviane Reding künftig auf ein wesentlich größeres Angebot von mobilem Fernsehen und schnellen Internet-Verbindungen zugreifen können. Das geplante Zulassungsverfahren sehe einen deutlichen Abbau bürokratischer Hürden vor, was die reibungslose Entwicklung innovativer Dienste ermögliche. "Das Potenzial europaweiter mobiler Satellitendienste ist enorm", so Reding.

Nach den Plänen wäre die Kommission künftig einziger Ansprechpartner für Satellitenbetreiber, die Mobiltelefone, Handy-TV und mobile Internet-Nutzung in allen EU-Mitgliedsstaaten anbieten wollen. Ein Kommissionssprecher erklärte, damit würden aufwendige und zeitraubende Genehmigungsverfahren in jedem einzelnen der 27 EU-Staaten überflüssig. Sollten EU-Parlament und Rat zustimmen, könnte die Kommission 2009 mit der Auswahl von Bewerberfirmen für den Dienst beginnen.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1243&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **Europäische Kinder zu sorglos beim Umgang mit Online-Risiken**

In einer Eurobarometer-Umfrage wurden Gespräche mit Kindern im Alter von 9 bis 10 und 12 bis 14 Jahren aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island

geführt. Die Interviews ergaben, dass die Internet- und Mobilfunknutzung für die Kinder mittlerweile fast selbstverständlich geworden ist.

Die Ergebnisse machten deutlich, dass eine Orientierung zum aktiven Umgang mit den Onlinemedien als Teil der Erziehung und Bildung von Kindern wünschenswert ist: Die neuen Medien bieten viele Chancen und Fördermöglichkeiten für Kinder, beinhalten aber auch Risiken. Das Bewusstsein für Chancen und Risiken müsse, vor allem auch bei den Eltern, gestärkt werden.

Die Eurobarometer-Ergebnisse werden der Kommission dabei helfen, das EU-Programm „Mehr Sicherheit in Internet“ weiterzuentwickeln, das das Thema der Sicherheit von Kindern im Internet und bei der Handynutzung aufgreift. Ein erster wichtiger Schritt war die unter Vermittlung der Kommission im Frühjahr 2007 getroffene Vereinbarung der europäischen Mobilfunkbetreiber über die Selbstregulierung zum Schutz Minderjähriger bei der Handynutzung.

„Mehr Sicherheit im Internet“ fördert seit 1999 eine sichere Nutzung der Online-Technologien durch Kinder sowie die Bekämpfung illegaler und schädlicher Inhalte wie Kindesmissbrauch oder Rassismus. Die gegenwärtige Programmphase läuft bis 2008.

Der jährlich begangene „Tag des sicheren Internets“ soll einschlägige Initiativen weltweit bekannt machen und für Probleme im Zusammenhang mit der Internetnutzung und den neuen Technologien sensibilisieren. Der nächste „Tag des sicheren Internets“ (*Safer Internet Day*) wird am 12. Februar 2008 stattfinden.

Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zur Nutzung der Online-Technologien durch Kinder s. u.: [http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/sip/eurobarometer/](http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/eurobarometer/)

Weitere Informationen über das EU-Programm „Mehr Sicherheit im Internet“ s. u.: <http://ec.europa.eu/saferinternet>

## Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind. Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Karin Niehaus-Schütt  
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr  
und Europa  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-140 79  
Fax: +49 421 496-96877  
E-Mail: Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de  
Internet: www.europa.bremen

**Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.**

## Europaabteilung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europaabteilung in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der EU-Abteilung	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>N.N.</b> Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	
<b>Hélène Tabourot</b> , Brüssel Sekretariat u. Verwaltung <b>Claudia C. Arndt</b> , Bremen Sekretariat u. Verwaltung	+32 2 230-2765  +49 421 361-4238	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>  <a href="mailto:Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de">Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de</a>
<b>Marta Giammarìo</b> Projektassistenz	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Giammarìo@bremen.be">Giammarìo@bremen.be</a>
<b>Kai Jessen</b> Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Jessen@Bremen.be">Jessen@Bremen.be</a>
<b>Telse Jochims</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Jochims@Bremen.be">Jochims@Bremen.be</a>
<b>Renate Lürssen</b> Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Luerssen@Bremen.be">Luerssen@Bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hilger</b> Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hilger@Bremen.be">Hilger@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung <b>Karin Niehaus-Schütt</b> AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+32 2 282-0076  +49 421361-14079	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a>  <a href="mailto:Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de">Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de</a>
<b>Heide-Lore Swiecikowski</b> , Europarecht, Öffentlichkeitsarbeit in HB, Website-Adm.	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de">Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> EMK, Bremische Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Elke Kröning</b> Neue Hanse Interregio (NHI), NHI-bezog. Interreg. Zusammenarb., Fortb. EU-Angelegenheiten	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Elke.Kroening@europa.bremen.de">Elke.Kroening@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Interregionale Zusammenarbeit, Hanse-Passage, EU-Förderinstrumente	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de">Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de</a>